

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Broukal

und GenossInnen

betreffend 300 Millionen Euro Sofortprogramm für die Universitäten und Abschaffung der Studiengebühren

Die jüngst erschienene OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“, Ausgabe 2005, die die Bildungssysteme von 25 Ländern vergleicht, stellt der österreichischen Bildungspolitik ein vernichtendes Zeugnis aus.

Österreich ist bei der Akademikerquote weit abgeschlagen: Sie liegt mit 15 % - wobei Pädagogische AbsolventInnen, die formal keine AkademikerInnen sind, sogar einberechnet sind – weit hinter dem Durchschnitt der OECD-Länder von 24 %.

Mit einer Hochschul-Zugangsquote von 35 % liegt Österreich auf Platz 21 von 25 OECD-Ländern. Zum Vergleich: In Schweden beginnen 80 % eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium, in Finnland 73 %.

Beschämend ist ebenso der Anteil der Hochschul-AbsolventInnen, die im typischen Abschlussalter ihr Studium erfolgreich beenden können: Das ist in Österreich nur bei 19 % der Fall, im OECD-Schnitt sind es 32 %.

Deprimierend sind auch die Vergleiche der OECD-Studie über die Bildungsausgaben der einzelnen Länder. In Österreich sinken die Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP): Wurden 1995 noch 6,1 % des BIP für Bildung ausgegeben, waren es 2001 nur mehr 5,8 % und 2002 nur mehr 5,7 %; im OECD-Schnitt sind es 6,1 %! Der Anteil des Hochschulbudgets am Gesamtbudget ist von 4,2 % (1999) auf 3,75 % im Budget 2006 gesunken.

Anstatt den Universitäten rasch die dringend notwendigen Finanzmittel zur Behebung der akuten Probleme zur Verfügung zu stellen, startet laut Medienberichten vom 20.9.2005 die Bundesregierung eine 12 Millionen Euro teure PR-Kampagne für Forschung und Technologieentwicklung, die aber den Forschern nicht unmittelbar zu gute kommt.

Unter Berücksichtigung der Forderungen der Österreichischen Rektorenkonferenz und der Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren (Kosten für das Budget rund 100 Mio. €) stellen die nachstehenden Abgeordneten folgenden

**Entschließungsantrag:**

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. den Universitäten noch im September 2005 12 Millionen Euro zur Ausweitung des Angebots an Studienplätzen sowie
2. ab dem Jahr 2006 jährlich 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen.
3. Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Gesetzesnovelle zum Universitätsgesetz 2002 vorzulegen, die die Abschaffung der Studiengebühren vorsieht.“

Trinkl / Brühl  
A. Kamm  
L. Kamm  
Kamm

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung